

Absender:

SPD-Fraktion im Rat der Stadt

21-16832
Anfrage (öffentlich)

Betreff:

Situation von Personen afghanischer Herkunft

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

01.09.2021

Beratungsfolge:

Ausschuss für Integrationsfragen (zur Beantwortung)

14.09.2021

Status

Ö

Sachverhalt:

Die plötzliche Machtübernahme der Taliban hat Afghanistan in den letzten Tagen und Wochen bekanntermaßen ins Chaos gestürzt und in der dortigen Bevölkerung Angst, Leid und Not ausgelöst.

Auch in Braunschweig leben Mitbürgerinnen und Mitbürger afghanischer Herkunft, die teilweise Angehörige haben, die noch in Afghanistan leben.

Diesbezüglich wurde uns kürzlich bekannt, dass bei Afghaninnen und Afghanen offenbar Ängste bestehen, in Botschaften ihres Landes vorstellig zu werden, um sich dort z. B. über das Wohlergehen ihrer Verwandten in Afghanistan zu informieren, weil vonseiten der Botschaft Repressionen befürchtet werden.

Diesbezüglich fragen wir die Verwaltung:

1. Liegen der Verwaltung Erkenntnisse darüber vor, ob in Braunschweig lebende Afghaninnen und Afghanen oder Mitbürgerinnen und Mitbürger afghanischer Herkunft Angehörige haben, die sich aktuell in Afghanistan aufhalten und daher aufgrund der bekannten Lage vor Ort gefährdet sind?
2. Wenn dem so ist, an welche Stellen können sich die Betroffenen wenden?
3. Hat die Verwaltung Erkenntnisse darüber, dass afghanische Mitbürgerinnen und Mitbürger die Botschaften ihres Landes meiden, weil sie von dortiger Seite Repressionen fürchten?

Gez. Nils Bader

Anlagen: keine